

**Zeitschrift:** Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz  
**Herausgeber:** Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat  
**Band:** 84 (2009)  
**Heft:** 9

**Vorwort:** Fall Tinner : geht's noch?  
**Autor:** Forster, Peter

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

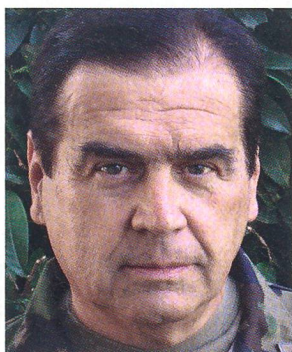
### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Fall Tinner: Geht's noch?



In einem Akt beispielloser Borniertheit geht am 9. Juli 2009 in Bern der Eidgenössische Untersuchungsrichter gegen den Bundesrat vor.

Die Berner Kantonspolizei beschlagnahmt bei der Bundeskriminalpolizei den Schlüssel zu den hochbrisanten Tinner-Akten. Es handelt sich exakt um die Akten, die der Bundesrat im Interesse der inneren und äusseren Sicherheit der Schweiz vernichten will.

Das unfassbare Vorgehen der Justiz gegen die Landesregierung blamiert unser Land bis auf die Knochen – als ob wir im Sommer 2009 nicht andere, grössere Sorgen hätten.

Die Romands sprechen vom «guerre des polices», vom Krieg der Polizeikorps. Der peinliche Zank zwischen dem Richter und der Exekutive gemahnt gar an den Krieg der Staatsgewalten.

Der «Überfall» der Berner Polizei auf ein amtliches Aktenlager macht die Schweiz zum Gespött in der ganzen Welt. Einst galt die Schweiz allüberall als ordentliches Gemeinwesen; sie war ein Musterstaat. Jetzt aber führen sich Amtsträger auf wie in einer Bananenrepublik.

In der Sache hat der Bundesrat die Bundesverfassung hinter sich. Als er sich weigerte, die Tinner-Akten herauszugeben, machte er eine schwerwiegende Störung der inneren und äusseren Sicherheit geltend. Mit Bauplänen für Kernwaffen lässt sich nicht spassen. Die Tinner-Akten fallen unter die Verträge, welche die Weitergabe

jeglicher atomarer Unterlagen streng verbieten. Formell stützt sich der Bundesrat auf die Verfassung, die ihm in den Artikeln 184 und 185 das Notrecht überträgt.

Der Bundesrat *muss* die äussere und innere Sicherheit des Landes gewährleisten. Das gehört zu seinen ureigensten Pflichten, zu den absoluten Kernaufgaben. Umso peinlicher nimmt sich der Kraftakt der Justizbehörden aus.

Das Schauspiel von Bern erinnert bitter an das langwierige Bemühen der Exekutivämter um längere Spiesse in der Abwehr von Terror und organisierter Kriminalität.

Am 11. September 2001 überfielen Verbrecher New York und Washington. Am 11. März 2004 schlugen sie in Madrid zu, am 7. Juli 2005 in London. Alle europäischen Staaten verschärften seither ihre Gesetze. Die Nachbarländer der Schweiz erliessen wie die Briten und die Skandinavien Massnahmen, die im Kampf gegen Terror und Mafiabanden greifen.

Nur die Schweiz zögert und zögert und zögert. Weder kamen wir in der präventiven Überwachung von Räumen und des Telefons vorwärts, noch sind wir im Einsatz von verdeckten Ermittlern einen Schritt weiter.

Ausländische Verbrecher ziehen direkt Nutzen aus dem Umstand, dass unser Gesetzesnetz zu weitmaschig geknüpft ist. In Bern herrscht Resignation: «Zuerst muss ein Anschlag passieren, dann wachen das Parlament und die Justiz schon noch auf.» Das ist, mit Verlaub, Zynismus pur.

«Fiat iustitia, pereat mundus» – es geschehe Recht, auch wenn darüber die Welt zugrunde geht (Kaiser Ferdinand I., 1503 – 1564).

Peter Forster, Chefredaktor